ASIEN, (April 2002) 83, S. 37-55

Kulturelle Identität der Region als Träger politischer Opposition im Staat: Zur Rolle Okinawas in Japan (1995-2000)

Gabriele Vogt

The Renaissance of the Okinawan Peace Movement of the years 1995 to 2000 can be understood as Okinawa's attempt at formulating a role of political opposition against the central government by actively presenting the region's strong cultural identity. The prefecture's goal was to escape the tight structures of national – and international – interdependence that joined Okinawa, the national government, and, in terms of security policy, a third actor, the United States. The self-perception of cultural identity as a narrative of victim among left-wing Okinawan politicians, competed with the right-wing politicians' self-perception of cultural identity as Nichi-ryû dôso-ron*, an idea that strengthens the cultural coalition between Japan and Okinawa by proclaiming their cultures' common origins. Social movements that get their motivation out of the cultural identity of a minority may get very strong. However, as soon as the nation state finds its homogeneity threatened by a region's too offensive presentation of its cultural identity, the nation state will react and use its political and economically dominant position to weaken the regional identities and strengthen its own position. A social movement will thus not be successful if it cannot build up powerful alliances to other social movements throughout the country or even transnational alliances.*

Die Renaissance der Friedensbewegung,[1] die zwischen 1995 und 2000 die Inselpräfektur Okinawa überzog, trug in ihrem thematischen Kern den beabsichtigten Ausbruch der Präfektur aus den Fesseln ihrer nationalen Interdependenz. Okinawa berief sich, um der nationalen Regierung eine Verringerung der Verteidigungslasten der Präfektur abzutrotzen, auf seine eigene, historisch vom Pazifismus geprägte kulturelle Identität, die die Inselpräfektur deutlich von anderen Teilen Japans unterscheide. Die kulturelle Identität der Region konstituierte die tragende Motivation der politischen Opposition gegenüber den sicherheitspolitischen Richtlinien der nationalen Regierung. Im Folgenden soll anhand des Konzepts der kulturellen Identität die jeweilige ideologische Basis der beiden großen politischen Lager während der Renaissance der Friedensbewegung analysiert werden: Progressive Politiker funktionalisierten die Formierung einer kulturellen Identität Okinawas aus seiner histori-

[1] Die antiamerikanische und antijapanische, in ihrem Kern aber v.a. antimilitaristische Bewegung Okinawas wird als Friedensbewegung bezeichnet, da sie sich in ihrer Kernphilosophie auf einen historisch gewachsenen Pazifismus Okinawas beruft. Das spiegelt sich insbesondere in ihren zentralen Schlagwörtern *Okinawa no kokoro* und *Inochi koso takara* wider, zu denen im Abschnitt "Kulturelle Identität Okinawas aus der Opferrolle" Erläuterungen gegeben werden.

schen Opferrolle; konservative Politiker favorisierten die Formierung einer eigenen kulturellen Identität Okinawas aus dem Bewusstsein um seine enge historische Verbundenheit mit Japan. Es soll der Frage nachgegangen werden, inwiefern eine soziale Bewegung, deren Agieren auf dem Bewusstsein um eine originäre kulturelle Identität der Region als motivierender Grundstruktur fußt, die Rolle einer kraftvollen politischen Opposition im Staat übernehmen kann bzw. mit welchen eindämmenden Faktoren sich diese soziale Bewegung konfrontiert sieht.

Kulturelle Identität als konstituierendes Element sozialer Bewegungen

> Was Kultur also leistet, ist, dass sie aus vielen sektiererischen politischen Individualitäten eine gemeinsame Humanität destilliert; dass sie den Geist aus der Haft der Sinne erlöst, dem Zeitlichen das Zeitlose entwindet und der Vielfalt die Einheit entreißt. (Eagleton 2001: 15).

In den Politikwissenschaften h4.4ften g4ftenh(h)-45(g g4fter(m)7.3ff 9(d)-4.4(e)5.(er)5.KuPo)-4.4ultur 4.5(ch)-4

durchaus politischen Perspektive zu erforschen" (Richter und Schad-Seifert 2001: 8) ist Ziel der die Dekonstruktion von Kultur als etwas Statischem betreibenden *cultural studies*.[4] Zu den zentralen Thesen des wissenschaftlichen Identitätsdiskurses innerhalb der *cultural studies* zählt das von Stuart Hall entwickelte Postulat der "Konstruktion von Differenz" (Hall 1999a: 94), dessen Grundsatz besagt, "dass jede Identität immer auch ein Ausschluss ist und in sich Differenzen enthält" (Hall und Höller 1999: 102). Die Fragmentierungsprozesse von Identitäten können nicht nur als Folge zahlreicher individueller Definitionen von persönlicher oder kultureller Identität begriffen werden. Sie sind auch auf einen Bedeutungsverlust großer, stabilisierend auf Identitäten einwirkender Kollektivitäten wie Klasse, Rasse, Gender oder Nation zurückzuführen. "Risikogesellschaften" (Beck: 1986), von engen nationalen und internationalen Interdependenzen geprägte Gesellschaften, bilden sich heraus. Die Globalisierung führt mit dem Bedeutungsverlust der nationalen Identitäten zum Bedeutungsgewinn globaler Identitäten und Nachbarschafts-Identitäten (Hall 1999a: 89-90). Die soziale Dimension dieser Entwicklung subsummiert Norbert Elias unter den Begriff der Wir-Ich-Balance. Zwar seien Individualisierungsschübe innerhalb der Gesellschaften unverkennbar, doch liege die gesellschaftliche Bedeutung dessen für den Einzelnen nicht nur in einer zunehmenden Individualisierung, sondern umfasse auch eine einsetzende Etablierten-Außenseiter-Figuration (Treibel 1997: 185-189).[5] Eine innergesellschaftliche Etablierten-Außenseiter-Figuration kann bei gleichzeitiger Existenz von Nachbarschafts-Identitäten zum Entstehen sozialer Bewegungen führen.

Nach japanischem Verständnis sind soziale Bewegungen "kollektive Aktivitäten zur Reformierung gesellschaftlicher Zustände, deren strukturelle Widersprüche dazu beitragen, dass Alltagsbedürfnisse nicht ausreichend befriedigt werden." (Katagiri 1993, zitiert in Nennstiel 1998: 59). Die Dynamik, die soziale Bewegungen entstehen lässt, entstammt häufig einer auf kulturellen Identitäten begründeten Etablierten-Außenseiter-Konfiguration. Als typische Träger sozialer Bewegungen gelten entsprechend – wie u.a. Jürgen Habermas es in der "Theorie neuer sozialer Bewegungen" (Nennstiel 1998: 67-69) formuliert hat – marginalisierte gesellschaftliche Gruppen. Die kulturelle Identität als zentraler Motivationsfaktor politischer Opposition im Staat lässt sich für Japan in einer aktuellen Fallstudie zur Rolle der Präfektur Okinawa innerhalb des japanischen Staates zwischen 1995 und 2000 nachweisen.

---

[4] Der Ursprung der *cultural studies* liegt in Großbritannien. Ihre erste akademische Institutionierung erfuhren sie Anfang der 1960er-Jahre mit der Gründung des Commonwealth Centre for Contemporary Cultural Studies (CCCS) an der University of Birmingham. Das CCCS "sah sich als Sprachrohr für politisch subversive Forschungsansätze, die Probleme ethnischer Minderheiten [...] integrieren wollten." (Richter und Schad-Seifert 2001: 8). Der aus Jamaika stammende Stuart Hall übernahm 1968 die Leitung des CCCS und 1979 eine Professur für Soziologie an der Open University. Er zählt, insbesondere im Forschungsbereich Identitäten und Differenzen, zu den zentralen Figuren der *cultural studies* (Hall 1999b: 92).

[5] Der Begriff der Etablierten-Außenseiter-Figuration formuliert eine zwischengesellschaftliche oder auch innergesellschaftliche Struktur, die die Dynamik der Konfrontation verschiedener Gruppen fasst. Unter den Außenseitern entsteht aufgrund einer verschiedene Gesellschaftsformen umfassenden Dominanz der Etablierten ein starkes Wir-Gefühl, das als Schutz gegenüber der Vereinnahmung durch die Etablierten gezielt zur Demonstration von Opposition eingesetzt wird.

Interdependenzstrukturen: Okinawa zwischen Japan und den USA

Japan und die Präfektur Okinawa sind als politische Akteure miteinander durch eine Interdependenzstruktur verknüpft.[6] Die konkreten Inhalte dieser nationalen, Japans Sicherheitspolitik prägenden Interdependenzstruktur bedingen ein analytisches Miteinbeziehen eines dritten Interaktionspartners, das der USA. Damit wird die Interdependenzstruktur um eine zweite Ebene, die internationale Dimension, erweitert. Bei der Charakterisierung der sicherheitspolitischen Interdependenzstrukturen Japans muss entsprechend von *two-level games* gesprochen werden.[7] Okinawa steht seit der Rückgliederung der Präfektur in den japanischen Staat v.a. hinsichtlich seiner ökonomischen Schwäche in Abhängigkeit von Zuwendungen aus Tôkyô. Von der Zentralregierung finanzierte Förderpläne zur Entwicklung der Wirtschaft in der Präfektur belaufen sich seit Mitte der 1980er-Jahre konstant auf knapp über 20% Anteil an den Einnahmen der Präfektur (Okinawa Prefecture 2000, Internet). Eine Abhängigkeit der nationalen Regierung Japans von der Präfektur Okinawa liegt bezüglich der Landfrage vor. Derzeit stellt die Präfektur ca. 75% des Landes zur Verfügung, das vom US-Militär in Japan genutzt wird, und trägt damit einen Hauptteil der japanischen Verteidigungslast, wie sie sich aus dem bilateralen Bündnis mit den USA ergibt. Mit 67% liegt der Anteil des von Privatpersonen oder Kommunen besessenen Landes an den verpachteten Ländereien in Okinawa sehr hoch (Ôta 2001, Internet: Teil 2).[8]

Dieses Faktum bedingt ein spezielles System der Landverpachtung: Es sieht vor, in einem mehrstufigen Verfahren auf der Grundlage des Land Acquisition Law *(tochi shûyô-hô*) die Verfügungsgewalt über das Land von den Eigentümern auf den japanischen Staat zu übertragen. Sollten sich Eigentümer weigern, das Land zu verpachten, so kann in ihrem Namen der Bürgermeister ihres Ortes bzw. in nächster Instanz der Gouverneur der Präfektur die Pachtverträge unterzeichnen. Die japanische Regierung wiederum übergibt das Land gemäß des Special Measures Law for Land Used by US Forces (*beigun yôchi tokuso-hô*) zur Nutzung an das US-Militär. Dieser Vorgang konstituiert die in Artikel 6 des bilateralen Vertrags für gegenseitige Zusammenarbeit und Sicherheit festgelegten Leistungen Japans im Rahmen der internationalen Interdependenzstruktur mit den USA. Im Gegenzug garantieren die USA an gleicher Stelle, für die Sicherheit Japans militärisch einzustehen. Diese

---

[6] Die politische Bedeutung des Begriffs Interdependenz ist hier der Interdependenztheorie der internationalen Politik folgend zu verstehen. Die Interdependenztheorie, insbesondere nach Keohane und Nye, analysiert "Möglichkeiten und Grenzen der Verflochtenheit internationaler Politik [...] ohne sich dabei auf nationalstaatliche Begrenzungen festzulegen. Der Interdependenzansatz betrachtet die wechselseitige Abhängigkeit von politischen Konstellationen und Prozessen in staatlichen Einheiten und die auf diese Systeme von außen wirkenden Bedingungen als Grundlage innen- wie außenpolitischer Entscheidungen und Verhaltensmuster." (Lehmkuhl 1997: 193).

[7] Zu den Grundthesen des Ansatzes der *two-level games* zählt die Vorstellung der zweifachen Determinierung eines Akteurs, meist des Regierungschefs, in internationalen Verhandlungen. Nicht nur von den Positionen seines internationalen Verhandlungspartners, sondern auch von den innenpolitischen Vorgaben hängt der Handlungsspielraum des Akteurs ab. Moravcsik beschreibt Regierungschefs entsprechend als Personen, die "[...] typically trying to do two things at once; that is, they seek to manipulate domestic and international politics simultaneously." (Moravcsik 1993: 15).

[8]

Skizze der *two-level*-Interdependenzen zwischen Okinawa, Japan und den USA verdeutlicht die weitreichende Bedeutung Okinawas für die japanische Sicherheitspolitik.

Renaissance der Friedensbewegung Okinawas

Das Jahr 1995 wurde zu einem Wendepunkt in der jüngsten Geschichte Okinawas. Auf Massenproteste der Inselbevölkerung Mitte der 1950er-Jahre gegen die Beschlagnahmung okinawischen Landes durch das US-Militär, den *shimagurumi tôso* [inselweiter Widerstand] und die *fukkikyô* [Rückgliederungsbewegung] Ende der 1960er-Jahre folgte ab Mitte der 1990er-Jahre die Renaissance der Friedensbewegung. Drei Ereignisse sind unmittelbar als Auslöser der Renaissance der Friedensbewegung auszumachen: das Gedenken an das Kriegsende vor 50 Jahren, die Veröffentlichung des so genannten Nye-Reports und ein neuer Vergewaltigungsfall. 1995 jährte sich das Ende des Pazifischen Krieges zum 50. Mal. In ganz Japan, auch in Okinawa, wurden aus diesem Anlass Gedenkfeiern begangen. In Itoman an der Südküste der Hauptinsel Okinawa weihte Gouverneur Ôta Masahide den Friedensgedenkpark Heiwa no ishiji, ein Areal von Steinplatten mit Namen von Opfern der Schlacht um Okinawa – ungeachtet ihrer Nationalität –, ein (Arasaki 2000: 74-75 und Okinawa Prefecture 2000, Internet). Vielen Menschen Okinawas wurde im Sommer 1995 anlässlich des Friedensjubiläums deutlich bewusst, wie sehr doch ihre eigene Historie der letzten Jahre, im Unterschied zu der der japanischen Hauptinseln, noch immer von Kriegsgeschehnissen geprägt war. Die Präfekturbevölkerung erlebte den Einsatz von US-Truppen während des Korea-Krieges, des Vietnam-Krieges und des Golf-Krieges von okinawischen Stützpunkten aus ebenso unmittelbar wie auch die Beeinträchtigungen des alltäglichen Lebens in Okinawa durch Manöver, Straßensperrungen etc.[9] Heiwa no ishiji, auch bekannt als Cornerstone of Peace, gilt als materialisierte Form des Friedenswunsches der Menschen der Präfektur Okinawa (Yonetani 2000: 2).

Ein weiterer Faktor für die Wiederbelebung der Friedensbewegung war die Bekanntgabe des so genannten Nye-Reports[10] im Februar 1995, der deutlich machte, dass eine grundlegende Revision der US-Politik bezüglich der Stationierung von Soldaten außerhalb der USA nicht erwartet werden konnte. Danach sollte an einer Stationierung von 100.000 US-Soldaten in der Region – etwa die Hälfte davon in Japan – mindestens bis 2015 festgehalten werden (United States Military 1995, Internet).

Die Vergewaltigung einer Schülerin durch drei US-Soldaten weitete die Bereitschaft zum Widerstand, wie sie die Person Ôta Masahide symbolisierte, rasch unter der

[9] Itokazu Keiko, Abgeordnete im Okinawa Präfekturparlament, schildert die von der Präsenz der US-Soldaten in Okinawa gezeichneten Lebensumstände innerhalb der Präfektur als kriegsähnlich: "There's no war on now, but it feels like we are still at war. We've been living in a war society for the last five decades." (Itokazu 1997: 11).

[10] Joseph Nye, Professor für Internationale Politik an der Harvard University und bis Ende 1995 Staatssekretär im Pentagon, erstellte im Auftrag des US-Verteidigungsministeriums eine Studie zur Zukunft der US-Streitkräfte in Ostasien.

Bevölkerung der Präfektur aus (Johnson 1999a: 116).[11] Bereits am 21.10.1995 versammelten sich – bei der größten Protestkundgebung in Okinawa seit der Rückgliederung – 85.000 Personen im Kaihin Park nahe der Stadt Ginowan und dem US-Militärstützpunkt Futenma, um gegen den Status quo der japanischen Stationierungspolitik von US-Soldaten in der Präfektur zu demonstrieren *(Okinawa mondai henshû iinkai* 1996: 190). Der Gouverneur Okinawas, Ôta Masahide, hatte sich, nach eigener Aussage, bereits Anfang 1995 dazu entschieden, gegen die im Herbst des Jahres anstehenden Verlängerungen von Pachtverträgen zur Nutzung okinawischen Landes durch das US-Militär Widerstand zu leisten (Ôta 09.11.1999, Interview). Die öffentliche Ankündigung dieser politischen Linie Ende September 1995 fiel in die Zeit des präfekturweiten Aufflammens von Ärger und Wut über die Vergewaltigung der 12-jährigen Schülerin. Entsprechend wurde Ôtas Entscheidung in einschlägigen Publikationen häufig als Folge des Gewaltverbrechens vom 04.09.1995 gewertet.

Ausgelöst durch die drei genannten Faktoren erlebte die Friedensbewegung Okinawas zwischen dem Herbst 1995 und dem Sommer 2000 eine Renaissance. Sie stand in vielerlei Hinsicht in der Tradition ihrer beiden großen Vorläuferbewegungen des 20. Jahrhunderts, des inselweiten Widerstandes und der Rückgliederungsbewegung, ging teilweise jedoch auch sehr originäre Wege. Den thematischen Mittelpunkt der Renaissance der Friedensbewegung bildete der so genannte Landkonflikt, der bereits den inselweiten Widerstand getragen hatte. Der inselweite Widerstand der 1950er-Jahre verband mit dem Landkonflikt nicht nur die Forderung nach Rückgabe der vom US-Militär beschlagnahmten Ländereien, sondern auch das Streben nach einer Hebung des allgemeinen Lebensstandards. In diesem Zusammenhang kamen bereits im Rahmen des inselweiten Widerstandes Forderungen nach einer Rückgliederung an die japanischen Hauptinseln auf. Dieses Ziel stand, neben allgemeinen lokal-, innen- und weltpolitischen Forderungen, selbstredend im Mittelpunkt der Rückgliederungsbewegung der späten 1960er-Jahre (Molaski 2001 sowie Nakano und Arasaki 1996).

Der Landkonflikt in der wiederbelebten Friedensbewegung der 1990er-Jahre wurde sowohl mit dem Anspruch auf ein faires innerjapanisches *burden-sharing*[12] als auch mit der Forderung nach verbesserter öffentlicher Sicherheit in Okinawa verknüpft. Im Zentrum der Trägerschaft der Renaissance der Friedensbewegung stand eine

[11] Es war dies nicht die erste Vergewaltigung einer okinawischen Frau durch US-amerikanische Soldaten. In der Tat ist der erste solche Fall bereits aus dem Jahr 1854 überliefert (Kerr 2000: 331). Im Laufe der Jahre, insbesondere nach 1945, kam es jedoch wiederholt zu derlei Gewaltverbrechen. Eine ähnliche, die Motivation zu lokalem Widerstand stärkende Wirkung hatte auch eine Vergewaltigung aus dem September 1955. Damals wurde die sechsjährige Yumiko von US-Soldaten vergewaltigt und ermordet. Das Schicksal Yumikos goss weiteres Öl in das Feuer der antiamerikanischen Atmosphäre inmitten des inselweiten Widerstandes der 1950er-Jahre (Ôta 1996b: 6).

[12] Üblicherweise wird mit dem Begriff des *burden-sharing* im politikwissenschaftlichen Rahmen der Japanologie die verteidigungspolitische Lastenteilung zwischen den Aktionspartnern USA und Japan bezeichnet. An dieser Stelle soll durch die bewusste Anspielung auf die Dispute zwischen den beiden Staaten hinsichtlich der Verteilung der sicherheitspolitischen Verantwortungen auf die Rolle Okinawas in diesem Konflikt hingewiesen werden. Zentrales Ziel von Akteuren der Friedensbewegung der 1990er-Jahre war eine gerechte Aufteilung der japanischen Verteidigungslasten zwischen allen Präfekturen.

Frauenbewegung um die Politikerinnen Itokazu Keiko und Takazato Suzuyo, Abgeordnete im Okinawa Präfekturparlament bzw. im Naha Stadtparlament. Die beiden gründeten u.a. die Vereinigung *Okinawa kichi-guntai wo yurusanai kôdô suru onnatachi no kai*, die unter ihrem englischen Namen Okinawa Women Act Against Military Violence (OWAAMV) v.a. aufgrund des Knüpfens zahlreicher transnationaler Allianzen mit insbesondere US-amerikanischen NGOs zu internationaler Bekanntheit gelangte (Okinawa Women Act Against Military Violence 1996 und 1999). Neben Umweltschützern und Landbesitzern zählten zu den Unterstützern der Friedensbewegung auch die Präfekturregierung von Okinawa und Gouverneur Ôta. Bei den Protestwellen des inselweiten Widerstandes und der Rückgliederungsbewegung engagierten sich ebenfalls zentrale Figuren der Lokalpolitik Okinawas, allen voran Higa Shûhei und Yara Chôbyô, für die Belange der Widerstand Leistenden.

Den Kern der Trägerschaft der Protestbewegungen bildeten allerdings die Landbesitzer und der Lehrerverband – politisch Aktive der ersten Nachkriegsjahre. Die Rückgliederungsbewegung wurde außerdem von Gewerkschaften, Frauen- und Studentenvereinigungen und der Anti-Atomwaffen-Bewegung unterstützt (Anhalt 1991). Kämpften der inselweite Widerstand und die Rückgliederungsbewegung ihren Protest noch mit recht einfach Methoden, z.B. in Form von riesigen Demonstrationen auf den Straßen, aus, so war dies für das Wiedererstarken der Friedensbewegung in den 1990er-Jahren nur ein Aspekt von Agitation unter zahlreichen weiteren. Neben den traditionellen Medien, z.B. Zeitungen,[13] wurden insbesondere die neuen Medien kraftvoll zur Artikulation und Koordination des Widerstandes genutzt. Viele Einzelgruppen, die sich unter der Renaissance der Friedensbewegung zusammengeschlossen hatten, z.B. Red Card Movement[14] oder Save the Dugong Foundation,[15] informierten auf regelmäßig aktualisierten Homepages über die Projekte der Gruppe und die Möglichkeiten zur Beteiligung daran für jeden Einzelnen. Die zielgerichtete Anwendung des direktdemokratischen Instruments zählte zu den politischen Methoden, derer sich die Friedensbewegung bediente. Von der Präfekturregierung gefördert, um als öffentliches Druckmittel in den Verhandlungen um die nationale Interdependenzstruktur mit der Zentralregierung funktionalisiert wer-

[13] Besonders Aufsehen erregend wirkte eine von verschiedenen Frauenbewegungen Okinawas und Zentral-Japans gesponserte ganzseitige Anzeige in der *New York Times* des 26.01.1996. Die Aktivistinnen riefen unter dem zweisprachig gedruckten Titel "Sekai no heiwa wo negau hitobito ni Nihon no josei ha uttaemasu. The Women of Japan Appeal to The Peace-Loving People of The World." (*New York Times* 26.01.1996: A11) u.a. dazu auf, um des Weltfriedens Willen alle Soldaten aus fremden Ländern, in denen sie stationiert sind, abzuziehen.

[14] Die 25-jährige Shimabukuro Hiroe hatte eine Widerstandsbewegung gegen die andauernde Stationierung des US-Militärs in Okinawa ins Leben gerufen und diese in Anlehnung an den Platzverweis im Fußballspiel Bewegung der Roten Karte genannt. Shimabukuro war außerdem zentrale Organisatorin der Menschenkette um den US-Luftwaffenstützpunkt Kadena, an dem im Vorfeld des G8-Gipfeltreffens am 20.07.2000 über 27.000 Menschen teilnahmen. Über diese und weitere Aktionen, z.B. Sitzblockaden, Unterschriftenaktionen etc., informierte sie unter http://www.cosmos.ne.jp/~redcardm/ und per E-Mail-Service. Außerdem stellt sie auf der Homepage der Bewegung mehrsprachige Flugblätter zum Herunterladen und Verteilen zur Verfügung.

[15] Save the Dugong Foundation machte sich den Schutz von seltenen Seekühen in der Bucht von Henoko, dem wahrscheinlichsten Standort für einen Neubau eines US-Stützpunktes, zu eigen. Unter http://www.jinbun.co.jp/dugong-e/ wird eine Unterschriftenliste zum Thema geführt.

den zu können, wurde zweimal während der Phase der Renaissance der Friedensbewegung durch direktdemokratisches Verfahren nach dem Willen des Volkes gefragt. Beide Male erwiesen sich die Ergebnisse als Unterstützung der progressiven Politiker Okinawas und erteilten den politisch konservativen Ideen der nationalen Regierung klare Absagen. Der Einsatz dieses bis dahin in Japan kaum gebrauchten politischen Instruments führte zu einer engeren Bindung zwischen Lokalpolitikern und Bevölkerung und damit zu einem neuen Selbstverständnis der Politiker in Okinawa als Vertreter des Volkes und weniger als ausführendes Element einer in Tôkyô beschlossenen Politik. Darüber hinaus symbolisiert der Einsatz des direktdemokratischen Elements einen fordernden Aufschrei nach umfassenderer und direkterer Beteiligung der Bevölkerung am politischen Willensbildungsprozess und kann in dieser Funktion als Okinawas Beitrag zu den politischen Reformen Japans in den letzten Jahren verstanden werden (Vogt 2001a: 319-342).

Formierung der kulturellen Identität Okinawas aus der Opferrolle

Die politisch progressiven Kräfte Okinawas der 1990er-Jahre klagten lautstark die Opferrolle an, die Okinawa seit Jahrzehnten im japanischen Staat hatte einnehmen müssen: Die, v.a. von Tôkyôs politischer und ökonomischer Dominanz geprägte nationale Interdependenzstruktur, in die Okinawa hineingedrängt worden sei, ermögliche kein Entkommen aus der Rolle des Opfers. Dieser "narrative of victim" (Siddle 1998: 117) – nach Ansicht des Politikwissenschaftlers Fujiwara Kiichi einer der kraftvollsten Motivatoren politischer Opposition von marginalisierten Gruppen (Fujiwara 16.02.2000, Interview) – bewertet denn auch den Ryûkyû-Shobun[16] von 1879, durch den unter zweifelhaften politischen Vorzeichen die Angliederung der Inselkette der Ryûkyûs[17] an den japanischen Meiji-Staat vollzogen wurde, als kolonialistischen Akt. Repressionen seitens der Zentralregierung gegenüber der südlichen Inselgruppe hätten sich, den Vertretern des "narrative of victim" (Siddle 1998: 117) zufolge, durch die gemeinsame Historie der Ryûkyûs und der japanischen Hauptinseln gezogen: Auf die gewaltsam durchgesetzte Japanisierung der Region zu Beginn des 20. Jahrhunderts folgten die traumatischen Erlebnisse von 1945. Japan habe die Inselkette als äußeren Verteidigungsring – auch unter Mobilisierung der Zivilbevölkerung als lebende Schutzschilde – um der einstweiligen relativen Sicherheit der Hauptinseln Willen geopfert.

---

[16] Der US-amerikanische Okinawa-Forscher Gregory Smits sieht den Ryûkyû-Shobun als Prozess, der 1872 mit dem Wunsch des Meiji-Staates nach einer Annexion der Ryûkyû-Inselkette begann und 1895 mit Japans Sieg im sino-japanischen Krieg endete. Er definiert den Ryûkyû-Shobun als "attempt by the Meiji state to clarify the geo-political status of the Ryûkyû Islands, particularly with respect to Western notions of sovereignty." (Smits 2001: 280). Meiji-Japan konkurrierte mit China um die Vorherrschaft auf den Ryûkyûs und erlangte schließlich nach langjährigem Einsatz diplomatischer und militärischer Mittel am 31.03.1879 die Oberherrschaft über die Inselgruppe: König Shô Tai verließ sein Schloss und begab sich ins Exil nach Tôkyô. Am 04.04.1879 proklamierte Japan offiziell die Annexion der Ryûkyûs (Smits 2001: 290).

[17] Die Ryûkyû-Inselkette, die bis 1879 das Ryûkyû-Königreich formierte, ist größtenteils mit der heutigen Präfektur Okinawa identitisch. Einige nördliche Inseln der Ryûkyû-Inselkette wurden jedoch der heutigen Präfektur Kagoshima angegliedert.

Im Jahr 1952 schließlich wurde Okinawa als langfristig nutzbare Basis den US-Militärs im Gegenzug zur Gewährung staatlicher Souveränität an Japan und der Zusage, die Präsenz der US-Soldaten auf den Hauptinseln deutlich zu reduzieren, überlassen (Taira 1997: 140-177 und Vogt 2001b: 305-330).

Für die Formierung einer kulturellen Identität Okinawas aus der Opferrolle war jedoch noch prägender als derlei historische Begebenheiten die Perzeption, auf den japanischen Hauptinseln stets argwöhnisch betrachtet worden zu sein. Der Historiker Kerr sah "the widespread Japanese sense of superiority toward the Okinawans as an 'out-group', a minority of rather second-class, country cousins" (Kerr 2000: 448) in Japan noch bis Mitte des 20. Jahrhunderts vorherrschen. Wenn die nationale Regierung Japans – teilweise auch heute noch – sich stets davor verwahrte, Okinawa als eine den anderen Präfekturen gleichberechtigte Region in den Nationalstaat zu integrieren, so liegt der Grund dafür im Simmel'schen Sinne[18] in der Furcht vor der Gegenwart des Fremden. Das Fremde bringe "ein[en] Verlust an Uniformität, an Konsens, an Solidarität und an innerer Geschlossenheit" (Helle 1997: 118) mit sich. Die Exotik Okinawas drohe die propagierte Homogenität des japanischen Nationalstaates zu sprengen. Kernpunkt des exotischen Charakters Okinawas sind dabei nicht äußere Faktoren, wie z.B. das Klima, die die Präfektur deutlich von anderen Teilen Japans unerscheiden, sondern die offensive Präsentation einer sich auf gewachsene pazifistische Traditionen berufenden kulturellen Identität Okinawas, die sich als in Opposition zum japanischen *bushidô* [Weg des Kriegers (Samurai-Stand)] stehend definiert.

Das zentrale Schlagwort der Idee von der aus einer historischen Opferrolle hervorgegangenen kulturellen Identität Okinawas lautet *Okinawa no kokoro* [Herz Okinawas]. Die Philosophie bzw. das Lebensgefühl des *Okinawa no kokoro* habe sich, so Ôta Masahide, aus den Erfahrungen um die Schlacht von Okinawa und dem anschließenden Leben unter der Herrschaft des US-Militärs bzw. später einer zivilen Administration der USA konstituiert (Ôta 1981, 1990, 1994, 1995, 1996a und 1999b). Kriegserlebnisse und Fremdherrschaft hätten unter der Bevölkerung Okinawas einen unbedingten Willen zum Frieden gesät. Schlagworte wie *hansen-heiwa* [Gegen den Krieg und für den Frieden], *jinken-kaifuku* [Wiederherstellung der Menschenrechte] und *jichi-kakuritsu* [Errichtung der (lokalen, G.V.) Selbstverwaltung] markieren die politische Dimension von *Okinawa no kokoro* (Ôta 1996c). Die pazifistische Grundrichtung dieser Philosophie wurde von den politisch progressiven Kräften um den Gouverneur der Präfektur während der Renaissance der Friedensbewegung als Argument gegen den Status quo der japanischen Stationierungspolitik von US-Soldaten in der Präfektur funktionalisiert. Wie solle es einer durch und durch friedliebenden Präfekturbevölkerung möglich sein, die Präsenz von Soldaten, die in Okinawa für Kriegseinsätze ausgebildet werden, zu ertragen?

Zur verstärkten Präsentation des pazifistischen Charakters Okinawas zogen Politiker aus dem politisch linken Lager ein Kurzgedicht des letzten Ryûkyû-Königs, Shô

[18] Der Abschnitt "Exkurs über das Fremde

Tai, heran. Dieses lautet im Ryûkyû-Dialekt: "Ikusayu n sumachi. Mirukuyu n yagati. Nagikunayo shinka. Nuchi du takara." (Taira 2000: 4).[19] Zentraler Bestandteil ist der letzte Vers "Nuchi du takara" bzw. auf Hochjapanisch "Inochi koso takara" [Das Leben selbst ist ein Schatz.].[20] Das Leben an sich sei der größte Schatz des Menschen. Es dürfe ihm nicht gewaltsam, etwa durch militärische Handlungen, genommen werden. *Okinawa no kokoro* und *Inochi koso takara* gelten als verifizierbare pazifistische Elemente Okinawas (Ahagon 1999).

Für die pazifistischen Kräfte der Präfektur, die einen zentralen Bestandteil ihrer kulturellen Identität – wohl aufgrund der glorreichen Geschichte des Ryûkyû-Königreiches – aus historischen Faktoren bezieht, erschien eine weiter in die Vergangenheit zurückreichende Verwurzelung des Okinawa-Pazifismus notwendig. So ist in Okinawas Nachkriegszeit verstärkt eine Tendenz zu erkennen, den friedliebenden Charakter der Inselpräfektur bereits auf den Ryûkyû-König Shô Shin, der 1477 den Thron von Shuri bestieg, zurückzuführen. In Shô Shins Amtszeit sei u.a. ein Waffenverbot für die Bewohner der Ryûkyûs erlassen worden, dessen historische Überlieferung auf eine Inschrift in einer der Ballustraden des Shuri-Schlosses zurückgeht. Die Historiker Nakahara Zenchû und Sakihara Mitsuru bezweifeln allerdings die Korrektheit der frühen Übersetzung dieser Inschrift, die Iha Fuyû, "'father of Okinawan studies'" (Siddle 1998: 125) angefertigt hat (Sakihara 2000: 543-544). Sie vermuten, die Legende um ein Waffenverbot sei politisch vorsätzlich und zielgerichtet entstanden: Entweder geformt von Pazifisten, die dem friedliebenden Charakter Okinawas eine tiefere historische Verwurzelung als 1945 zuteil werden lassen wollten, oder aber von Anhängern des *Nichi-ryû dôso-ron* [Lehre der gemeinsamen kulturellen Wurzeln von Japan und den Ryûkyûs], die häufig danach trachte(te)n, historische Parallelen zwischen Okinawa und Japan zu formulieren.[21]

Derlei nicht eindeutig verifizierbare historische Ereignisse, denen ein Beigeschmack von nachträglicher Konstruktion aufgrund politischem Ansinnens anhaftet und deren Auswirkungen in die Gegenwart entsprechend nur bedingt als echte *survivals*, als kulturelle Anachronismen in einem modernen Staat, bezeichnet werden können, dürften kaum in die Kategorie von gelebten Traditionen eingeordnet werden. Vielmehr müssen sie als Traditionalismus, als Produkt der Transformation ursprünglich kulturellen Ausdrucks zu einem ideologisch motivierten Konstrukt voller "künstlicher Alterspatina" (Antoni 1991: 125), die den "Eindruck des

---

[19] [Die Zeit der Kriege ist vorbei. Die friedliche Zeit des Miroku (Miroku-Boddhisatva/Maitreya, G.V.) kommt bald. Beklagt Euch nicht. Das Leben selbst ist ein Schatz.]

[20] Für Aufsehen sorgte US-Präsident Bill Clinton, der während einer Ansprache am Heiwa no ishiji Mahnmal anlässlich des G8-Gipfeltreffens im Juli 2000 in Okinawa das Festhalten am japanisch-amerikanischen Sicherheitsbündnis und auch am militärpolitischen Status quo für die Präfektur Okinawa gerade mit diesem Kernsatz des Gedichts Shô Tais begründete. Das Militärbündnis sei notwendig für die Sicherheit des Lebens der Menschen in der asiatisch-pazifischen Region. Clinton rechtfertigte die US-amerikanische Militärpräsenz in Okinawa mit einem der Kernslogans der antimilitaristischen Friedensbewegung (*Okinawa Times* 22.07.2000, Internet und *Ryûkyû Shimpo* 22.07.2000, Internet).

[21] Ein Waffenverbot durch Shô Shin Ende des 15. Jahrhunderts erinnert stark an das zwischen 1586 und 1587 von Toyotomi Hideyoshi auf den japanischen Hauptinseln durchgesetzte Verbot zum Tragen von Waffen.

historisch Legitimierten vermittelt" (Antoni 1991: 125), klassifiziert werden. Spektakulärer Höhepunkt der historischen Legitimation eines Okinawa-Pazifismus – und vermutlich ebenso den Traditionalismen zuzurechnen – ist die Überlieferung des erstaunten Ausrufs Napoleon Bonapartes', nachdem ihm Kapitän Basil Hall, heimgekehrt von einem Besuch des Landes Loo-Choo im Jahr 1871, in St. Helena vom waffenlosen Volk der Ryûkyûs berichtet hatte: "Point d'armes! [...] Mais, sans armes, comment se bat-on?" (Napoleon 1871, u.a. zitiert in Kerr 2000: 259 und Kreiner 2001: 28).

Formierung der kulturellen Identität Okinawas aus dem *Nichi-ryû dôso-ron* [Lehre der gemeinsamen kulturellen Wurzeln von Japan und den Ryûkyûs]

Wichtigster Gegenpol einer auf der Opferrolle Okinawas basierenden kulturellen Identität ist die Lehre der gemeinsamen kulturellen Wurzeln von Japan und den Ryûkyûs (*Nichi-ryû dôso-ron*). Die vom *Nichi-ryû dôso-ron* verkörperte gemeinsame Abstammungsgeschichte gilt als ideologisch verbindendes Glied zwischen den japanischen Hauptinseln und den Ryûkyûs. Die derzeit v.a. von Vertretern des konservativen politischen Lagers funktionalisierte politische Aussage des *Nichi-ryû dôso-ron* ist die Existenz eines historisch belegbaren freundlichen Nachbarschaftsverhältnis zwischen den beiden Inselreichen. Dieses müsse in politischen Fragen der Zeitgeschichte zu einer engen, loyalen Kooperation zwischen den Regionen führen.

Seinen historischen Ursprung hat der *Nichi-ryû dôso-ron* im *Chûzan Seikan*, einer Zusammenstellung der Geschichte der Ryûkyûs, die Prinz Haneji Chôshû – bekannt geworden unter dem Namen Shô Jô-ken – 1650 in Auftrag gegeben hatte. *Chûzan Seikan* wurde nicht, wie bei offiziellen Schriftstücken der Zeit üblich, in chinesischer Sprache abgefasst. Shô Jô-ken ließ die Ryûkyû-Historiografie auf Japanisch formulieren. Neben anderen Maßnahmen seiner Amtszeit, z.B. der Einführung japanischer Feiertage (Kerr 2000: 219), gilt gerade diese Entscheidung zur Sprachauswahl für das *Chûzan Seikan* als Indikator seiner japanophilen Grundhaltung: Er wollte die Ryûkyûs ideologisch stark an Japan binden. So steht im *Chûzan Seikan* zur Entstehung des Königshauses von Ryûkyû folgende Legende vermerkt: Der japanische Krieger Minamoto no Tametomo sei eines Tages auf See nahe Izu von einem Sturm erfasst und nach Okinawa abgetrieben worden. Dort sei er freundlich empfangen und vom lokalen Fürsten von Osato gar mit dessen Tochter vermählt worden. Aus der Verbindung entstammte 1166 ein Junge. Dieser habe sich Shunten genannt und sei schließlich zum ersten König des Ryûkyû-Reiches geworden (Kerr 2000: 48-49).

Diese Legende proklamiert die Abstammung des Ryûkyû-Königshauses von der japanischen Kriegerklasse. Über ihren Wahrheitsgehalt kann nur spekuliert werden. Erstaunlich mutet allerdings an, dass sie ihre erste Niederschrift erst im Jahr 1609, dem Jahr der Satsuma-Invasion der Ryûkyûs, erfuhr. Ein Priester hatte sie festgehalten; in die offizielle Geschichtsschreibung der Ryûkyûs wurde sie dann etwa fünfzig Jahre später aufgenommen (Kerr 2000: 46). Es ist v.a. die Zeitspanne von vier Jahrhunderten zwischen dem Ereignis und seiner ersten schriftlichen Fixierung,

die Zweifel an der historischen Wahrheit der Legende um Shunten schürt. Es darf gemutmaßt werden, die Legende sei einzig niedergeschrieben worden, um die ab dem 17. Jahrhundert wachsende politische Verbindung zwischen Japan und den Ryûkyûs historisch und ideologisch zu legitimieren. Der Ursprung des *Nichi-ryû dôso-ron* kann als einer der ältesten Traditionalismen innerhalb der heutigen Präfektur Okinawa gewertet werden. Er findet im gegenwärtigen Okinawa Zustimmung v.a. unter der intellektuellen Unterstützerschar des politisch konservativen Gouverneurs Inamine. Hierzu zählt Takara Kurayoshi, Professor für Geschichte an der Universität der Ryûkyûs, der in den Jahren 1999 und 2000 mit zwei seiner Kollegen, den Wirtschaftswissenschaftlern Oshiro Tsuneo und Maeshiro Morisada, eine Studie zur Zukunft Okinawas erarbeitet hat, die ihn als offensichtlichsten akademischen Vertreter des *Nichi-ryû dôso-ron* der Gegenwart ausweist. Die drei Wissenschaftler fertigten die Studie *Toward an 'Okinawa Initiative' – A Possible Role for Okinawa in Asia Pacific* (Takara, Oshiro und Maeshiro 2000, Internet) im Rahmen des vom japanischen Ministerpräsidenten Obuchi Keizo initiierten Forschungsprojekts "Japan's Goals in the 21st Century" an.

Als Ergebnis dieser als *Okinawa Initiative* bekannt gewordenen Studie sind zahlreiche Forderungen an die Präfektur Okinawa zu verzeichnen, die in ihrem Charakter auf eine Schwächung der kulturellen Identität der Inselpräfektur abzielen. Grundsätzlich wird von Okinawa Folgendes erwartet: "We would like Okinawa to take a positive view of its own past, present and future; to define its own creative role within Japanese society; and to come up with a clear vision of the role it can play in Asia Pacific." (Takara, Oshiro und Maeshiro 2000, Internet). Die Autoren der *Okinawa Initiative* erkennen charakteristische Ereignisse und Perioden in der Historie Okinawas, wie die Entstehung des Ryûkyû-Königreiches, die Erfahrung von Ausgrenzung, die Wunden des Zweiten Weltkrieges, den Rückgliederungswunsch und auch "The Unfair Burden of U.S. Military Bases" (Takara, Oshiro und Maeshiro 2000, Internet), als prägende Elemente einer eigenen kulturellen Identität der Region an. Allerdings seien all diese Faktoren, die eine eigene kulturelle Identität Okinawas und damit die partielle psychologische Autonomie der Region von den japanischen Hauptinseln unterstützen, im Vergleich zu Okinawas historischer Verbindung zu Japan letztlich schwächer.

Begründet wird diese These mit der Entstehung der Rückgliederungsbewegung, die aufgrund des Gefühls von "psychological connection with Japan" (Takara, Oshiro und Maeshiro 2000, Internet) die Rückgliederung an das "motherland" (Takara, Oshiro und Maeshiro 2000, Internet) forciert habe. Die originäre Kultur Okinawas sei auf die frühe Kultur Japans zurückzuführen, d.h. es handele sich bei Okinawa und Japan in Wirklichkeit um verwandte Kulturen, die sich lediglich vorübergehend unterschiedlich entwickelt hätten und nun, d.h. im Vorfeld der Rückgliederung von 1972, wieder zueinander strebten. Takara, Oshiro und Maeshiro verleugnen im Zuge dieser Argumentation die Bedeutung ökonomischer, sozialer und politischer Interessen der Bevölkerung und der lokalen Politiker Okinawas, die für die Rückgliederungsbewegung zu motivierenden Faktoren wurden.[22] Stattdessen folgt der

[22] Gerade die Anziehungskraft der ökonomischen, sozialen und politischen Situation Japans verhinderte in Okinawa den Erfolg von Ideen zur Konstruktion eines unabhängigen Ryûkyû (*Okinawa dokuritsu-*

Aufruf an Okinawa, seiner nationalen und historischen Pflicht nachzukommen und die separatistische Funktionalisierung der kulturellen Identität der Region einzudämmen. Die Präfektur Okinawa müsse sich ideologisch und intellektuell gegenüber Asien und Japan öffnen und als Schnittstelle zwischen beiden fungieren.[23] Außerdem sei ein pragmatischer Umgang mit dem Status quo der militärischen Stationierungspolitik Japans und der USA von Nöten. Unter Berufung auf die Lehre der gemeinsamen kulturellen Wurzeln von Japan und den Ryûkyûs versuchen die Autoren der *Okinawa Initiative*, die stark von einer originären Historie gespeiste kulturelle Identität Okinawas subtil zu untergraben. Deren offensive Präsentation stehe dem Wohl der Präfektur Okinawa, der japanischen Nation und auch der Region Asien-Pazifik entgegen. Unter Berücksichtigung der Tatsache, dass die *Okinawa Initiative* im Auftrag von Obuchi Keizo entstanden ist, können deren Ergebnisse bereits als Reaktion der nationalen Regierung Japans auf die Ausweitung der politisch und sozial brisanten Dimension der von der kulturellen Identität Okinawas als Opferrolle gespeisten Friedensbewegung begriffen werden.

Reaktionen der nationalen Regierung

Nicht nur mit subtil psychologischen Maßnahmen reagierte die nationale Regierung Japans auf die immer weitere Kreise ziehende Protestbewegung Okinawas der Jahre 1995 bis 2000 und ihre vom Bewusstsein um eine eigene kulturelle Identität der Region geprägte Motivationsstruktur; auch konkrete realpolitische Mittel zur Eindämmung dieses die Stabilität des Nationalstaates gefährdenden okinawischen Regionalstolzes wurden seitens der Zentralregierung eingesetzt. Im Zentrum der Reaktionen stand die Errichtung einer neuen, gegenüber den Anweisungen der nationalen Regierung kooperativeren politischen Führung der Präfektur Okinawa. Der von 1990 bis 1998 amtierende Gouverneur Ôta Masahide galt als "a thorn in Tokyo's side" (Johnson 1999b: 221), nachdem er im September 1995 angekündigt hatte, die Pachtverträge für die Bereitstellung von Ländereien zur militärischen Nutzung durch die USA nicht erneut zu verlängern, und an dieser gegenüber Tôkyô provokativen Linie über Monate hin festhielt, bis schließlich der Oberste Gerichtshof ihn im Au-

ron), die seit der Gründung der ersten Partei im Okinawa der Nachkriegszeit, der *Okinawa minshu dômei* [Demokratische Allianz Okinawas], im Juni 1947 existierten. Nakasone Genwa, Gründer der Partei, erkannte zwar eine gemeinsame ethnische Identität der Ryûkyûs und Japans an, klagte aber die von Japan initiierten Geschehnisse des Ryûkyû-Shobun an und plädierte entsprechend für die Gründung eines eigenen Ryûkyû-Staates nach Entlassung aus der US-Administration (Anhalt 1991: 16-17). Die vielfältigen, in den Augen der Okinawaer erstrebenswerten Errungenschaften Japans in der Nachkriegszeit, z.B. Wirtschaftswachstum und Friedensverfassung und nicht etwa eine romantisch verklärte Vorstellung über ein "Mutterland", sorgten für die Entstehung des Rückgliederungswunsches. Insbesondere in der unmittelbar auf den Zweiten Weltkrieg folgenden Phase verband die Menschen Okinawas mit Japan ob der Geschehnisse der Schlacht um Okinawa eher Hass als Zuneigung – die positive Konnotation des Wortes "Mutterland" scheint auf die Konstellation zwischen Okinawa und Japan in der unmittelbaren Nachkriegszeit nicht anwendbar.

[23] In den Boden Okinawas sollten folgende zwei symbolische Inschriften eingegraben werden: "Here is where Japan ends and Asia begins." und "Here is where Asia ends and Japan begins." (Takara, Oshiro und Maeshiro 2000, Internet). Mit der Betonung einer wünschenswerten Rolle Okinawas als Schnittstelle zwischen Asien und Japan wird der langjährigen Historie der Ryûkyûs als Handelsdrehscheibe Ostasiens Tribut gezollt.

gust 1996 dazu verurteilte, seine Unterschrift unter die Verträge zu leisten (Ôta 1999a: 205-214).

Zur Persona non grata wurde Ôta für die nationale Regierung Japans, als er, dem Ergebnis eines präfekturweiten Referendums in der Stadt Nago folgend,[24] im Februar 1998 die Baugenehmigung für einen von Japan und den USA geplanten Stützpunktneubau[25] in der Region Henoko um Nago verwehrte. Die Zentralregierung reagierte im Vorfeld der Gouverneurswahl vom November 1998 in Okinawa mit einer "get Ôta campaign" (Gabe 2000a: 14). Bestandteil dieser politischen Jagd auf Ôta war die Demontage seiner politischen Errungenschaften in der konservativen Presse des Landes (Johnson 1999b: 221) sowie der Boykott seiner Person bzw. seiner Mitarbeiter. Hochrangige Beamte aus der Ôta-Administration wurden nach dem Februar 1998 in Tôkyô nicht mehr empfangen (Gabe 2000a: 14). Finanzhilfen an die Präfektur, allen voran die Gelder des dritten Okinawa Entwicklungsförderplans,[26] wurden eingefroren (Gabe 2000b: 5). Nonaka Hiromu, Leiter des Okinawa Entwicklungsamtes, bot im Oktober 1998 an, über die Wiederaufnahme der Finanzhilfen mit einer neuen Präfekturregierung zu verhandeln (*Okinawa Times Weekly Times* 31.10.1998, Internet).

Diplomatisches und finanzielles Ausbluten der Präfektur sollte nach den Erwartungen der nationalen Regierung zu einem Meinungsumschwung unter der, Ôta Masahide immer noch mehrheitlich unterstützenden, Bevölkerung Okinawas führen. Ôtas Gegenkandidat im Wahlkampf um das Gouverneursamt, der LDP-Politiker Inamine Kei'ichi, präsentierte sich der Präfekturbevölkerung als Mann der guten Beziehungen (*kone paipu*) zu Tôkyô: Im Falle seines Wahlsieges würde die Isolierung der Präfektur durch die Zentrale beendet werden können. Inamine erlangte bei der Gouverneurswahl am 15.11.1998 schließlich 52,1% der Stimmen; Ôta erreichte 46,9% (*Okinawa Times* 16.11.1998, Internet). Die durch Ôta symbolisierte offensive

---

[24] Den Ergebnissen von Referenden ist in Japan ein nicht-bindender Charakter zu eigen, d.h. der im direktdemokratischen Verfahren artikulierte Volkswille muss von den regierenden Politikern der Region lediglich zur Kenntnis genommen, nicht aber in Realpolitik umgesetzt werden. Dieses Charakteristikum zählt zu den das direktdemokratische Instrument in Japan schwächenden Faktoren (Vogt 2001a: 325-327). Im Dezember 1997 wurde in Nago ein Referendum abgehalten, bei dem sich 53% der Bevölkerung gegen den Bau des Heliport aussprachen (*Asahi Shinbun* 22.12.1997: 1). Ôta erkannte diese Artikulation des Volkswillens als entscheidende Richtlinie für sein weiteres politisches Handeln an.

[25] Das Special Action Committee on Okinawa (SACO), ein von den Regierungen der USA und Japans eingesetztes bilaterales Komitee, das etwa ein Jahr über Okinawas Zukunft und mögliche militärpolitische Entlastungen der Präfektur beriet, legte im Dezember 1996 seinen Abschlussbericht vor. Zentraler Punkt des SACO-Abschlussberichts (United States Forces Japan 1996a und 1996b sowie Special Action Committee on Okinawa 2001a, 2001b und 2001c) war die Auflösung Futenmas, des mitten im städtischen Siedlungsgebiet von Ginowan gelegenen Stützpunktes der U.S. Marines. Als Ersatz für Futenma sollte ein neuer Stützpunkt, nach Möglichkeit ein so genannter Heliport, also ein Helikopterstützpunkt auf einer künstlich errichteten Plattform im Meer, gebaut werden. Dass Nago in der Region Henoko, nahe des Stützpunktes Camp Hansen, ein geeigneter Standort für den Heliport sei, wurde vom japanischen Verteidigungsministerium erstmals im November 1996 bestätigt.

[26] Nach der Rückgliederung Okinawas an Japan 1972 setzte ein zehnjähriger Förderplan zur ökonomischen Entwicklung der Inselpräfektur ein. Diese wurde seither zweimal um wiederum je zehn Jahre verlängert. Ziel der Pläne ist die Angleichung des okinawischen Wirtschaftsniveaus an das japanische (Tomikawa und Momose 1999: 15-20).

Präsentation einer kulturellen Identität Okinawas als Opfer zentraljapanischer Politik unterlag in diesen Wahlen knapp dem pragmatischen, Tôkyô-freundlichen und auf den *Nichi-ryû dôso-ron* zurückführbaren Politikansatz Inamines. Damit wurden separatistische Tendenzen, die eine regionale kulturelle Identität in Form der Selbstperzeption als Opfer mit sich bringt, geschwächt und die nationale Identität Japans innerhalb der Präfektur Okinawa gestärkt.

Fazit: Grenzen von kulturell motivierten sozialen Bewegungen

> […] the distinctiveness of Okinawan customs and identity has been for over a century – and remains – a highly politicized and contested issue. One of the consequences of that story is that all expression of culture are 'always already' politicized and all claims of Okinawan distinctiveness become part of this larger debate over contemporary political identity. […] Rememberance and culture always have powerfully political dimensions, but that fact is unusually explicit in Okinawa now. (Hein 2001: 32-33)

In der Tat stellen das historische Erinnern und die sich daraus zu einem großen Teil speisende kulturelle Identität einer Region allgemein sehr kraftvolle politische Komponenten dar. Zweifellos gilt diese These in ganz besonderer Weise für die Geschehnisse in Okinawa zwischen 1995 und 2000. Nach zwei heißen Phasen des antimilitaristischen Widerstandes in Okinawa erlebte die Friedensbewegung 1995 ihre Renaissance. Nach dem Amtsantritt Gouverneur Inamines Ende 1998 wurde sie, da sich die politischen Inhalte der Präfekturregierung vom Kampf gegen die Stationierungspolitik Japans und der USA in Okinawa zur Förderung der Wirtschaft innerhalb der Inselpräfektur wandelten, zwar geschwächt, flackerte jedoch zum G8-Gipfeltreffen in Okinawa im Sommer 2000 erneut in Form einer Massenbewegung gegen die andauernde Präsenz des US-Militärs innerhalb der Präfektur auf. Der Renaissance der Friedensbewegung gelang es v.a. aufgrund ihrer ideologischen Ausrichtung, Menschen jeden Alters und von jeder sozialen Herkunft zum Widerstand gegen den Status quo der militärpolitischen Belastungen der Präfektur zu mobilisieren. Es handelt sich bei dieser Friedensbewegung der 1990er-Jahre um eine soziale Bewegung, die offensichtlich regional kulturell geprägt ist: Im Sinne einer kulturellen Standardisierung steht die Identität Okinawas als Opfer im Mittelpunkt der Friedensbewegung der 1990er-Jahre. Mit vielfältigen Mitteln von Kommunikation, neben Demonstrationen z.B. auch mit umfassendem Einsatz neuer Medien und der Funktionalisierung des politischen Instruments der Direkten Demokratie, stimmten die einzelnen Gruppen der Friedensbewegung ihre politischen Ziele ab und trugen sie öffentlich vor. Damit gewannen sie zum einen unter der das okinawische Schicksal analog perzipierenden Bevölkerung, dem Kollektiv dieser kulturellen Identität, große Unterstützung.

Zum anderen erfuhr sie jedoch gleichzeitig durch die Zentralregierung, für die die Friedensbewegung zu einer Gefahrenquelle für Japans nationale Sicherheit heranwuchs, gezielte Versuche der kontrollierten Eindämmung. Die nationale Regierung Japans wollte das Wiedererstarken der Friedensbewegung augenscheinlich nur schwächen, nicht aber zerstören, denn eine kulturelle Eigenständigkeit wurde nicht in Frage gestellt. Die Existenz einer eigenen, sich von der standardisierten japani-

schen unterscheidenden kulturellen Identität Okinawas ermöglichte es der Zentralregierung, der Präfektur innerhalb der japanischen Nation eine Sonderrolle zuzuweisen. Dies kann nach Bahrdt (1990: 149) durchaus funktional sein: "Die Hervorhebung [...] kultureller Besonderheiten hat jedoch in aller Regel eine ideologische Funktion. Sie legitimiert auf anschauliche Weise eine Diskriminierung, Abgrenzung oder sogar Ausstoßung [...]." Die Zuweisung eines starken Fremdlingscharakters verhindert eine die nationale Homogenität weiter gefährdende deutliche Solidarisierung anderer Präfekturen mit dem Antibasenkampf Okinawas. Er liefert der nationalen Regierung gleichzeitig eine, wenn auch oberflächliche, so doch realpolitisch umsetzbare Rechtfertigung ihrer die Präfektur Okinawa in besonderem Maße belastenden Stationierungspolitik von US-Soldaten in Japan. Kulturelle Identität einer Region kann also in einem gewissen, die Stabilität des Nationalstaates nicht gefährdenden Rahmen durchaus von der nationalen Regierung gewünscht sein.

Die Zentralregierung entschloss sich denn auch just in einem Augenblick dazu, politisch und psychologisch gegen die kulturelle Identität Okinawas zu agieren, als diese die nationale Sicherheit Japans zu bedrohen begann. Die Weigerungen Gouverneur Ôtas, Land für das US-Militär bereit zu stellen bzw. einen neuen Stützpunkt bauen zu lassen, gefährdeten die nationale Interdependenz zwischen Tôkyô und Naha. Aufgrund der zentralen sicherheitspolitischen Thematik der Bereitstellung von Land reichte die Gefahr, die von dieser Haltung Ôtas ausging, sogar noch weiter: Gleichzeitig mit der nationalen Interdependenz Japans wurde auch Japans internationale Interdependenz zu den USA gefährdet, da die Zentralregierung nicht zu einer grundlegenden Reform ihrer Stationierungspolitik von US-Soldaten in Japan bereit war. Die Renaissance der Friedensbewegung, obwohl kraftvoll durch die kulturelle Identität der Region motiviert, scheiterte in ihren Zielen schließlich an zwei Faktoren: der engen, den Handlungsspielraum der nationalen Regierung determinierenden Interdependenzen zwischen Präfektur, nationaler Regierung und internationalem Interaktionspartner sowie an der ausgeprägten politischen und ökonomischen Dominanz der nationalen Regierung gegenüber der Präfektur Okinawa. Letztere ermöglichte es der Zentralregierung, durch Repressalien gegen die Präfekturalregierung einen Regierungswechsel und damit ein Einlenken der Präfektur in der Basenproblematik zu erzwingen.

Eine soziale Bewegung, die, wie die Renaissance der Friedensbewegung in Okinawa, aus einer auf kulturellen Identitäten begründeten Etablierten-Außenseiter-Konfiguration entsteht, stellt eine sehr kraftvolle, die Massen anziehende Bewegung dar. Ihre umfassende Dimension wird jedoch alsbald den eben dieses Charakteristikum als Gefahrenquelle begreifenden Nationalstaat zu Gegenmaßnahmen veranlassen. In zentralistisch organisierten Staaten, in denen die Regionen am "goldenen Zügel" (Kevenhörster 1993: 29) der nationalen Regierung gehalten werden, muss eine soziale Bewegung dieser Art, insofern es ihr nicht gelingt, in anderen Landesteilen oder aber durch transnationale Allianzen eine umfassende Solidarisierung mit ihren Zielen hervorzurufen, letztlich scheitern.

Literatur

Ahagon Shôkô (1999): *Inochi koso Takara. Okinawa hansen no kokoro [Das Leben selbst ist ein Schatz. Das pazifistische Herz Okinawas]*. Tôkyô: Iwanami (249)

Anhalt, Gert (1991): *Okinawa zwischen Washington und Tôkyô. Betrachtungen zur politischen und sozialen Entwicklung 1945-1972*. Marburg: Förderverein Marburger Japan-Reihe

Antoni, Klaus (1991): "Tradition und "Traditionalismus" im modernen Japan – ein kulturanthroposophischer Versuch", in: Kreiner, Josef (Hrsg.): *Japanstudien*. (Jahrbuch des Deutschen Instituts für Japanstudien, Band 3) München: Iudicium, S. 105-128

Arasaki Moriteru (2000) (Hrsg.): *Okinawa no sugao. Profile of Okinawa: 100 Questions and Answers. Waeiryôbun 100 Q & A*. Tôkyô: Techno Marketing Center

Asahi Shinbun (22.12.1997): *Kaijô kichi "hantai" ga 53% [53% stimmen gegen den Heliport]*. S. 1

Bahrdt, Hans Paul (1990): *Schlüsselbegriffe der Soziologie*. München: C. H. Beck

Beck, Ulrich (1986): *Risikogesellschaft. Auf dem Weg in eine andere Moderne*. Frankfurt a.M.: Suhrkamp (edition suhrkamp 1365)

Eagleton, Terry (2001): *Was ist Kultur?*. München: C. H. Beck

Fujiwara Kiichi (16.02.2000): *Gespräch mit der Autorin in Tôkyô*, Japan

Gabe Masaaki (2000a): "Okinawa Summit No Solution To U.S. Military Base Issues", in: *Japan Quarterly*. 47/1 (Januar-März 2000), S. 10-16

Gabe Masaaki (2000b): *"Sonchô" to iu mei no kyôsei [Der Zwang des Wortes "Respekt"]*. Vortragsmanuskript, 27.01.2000, Rikkyô Universität, Tôkyô

Hall, Stuart (1999a): "Ethnizität: Identität und Differenz", in: Engelmann, Jan (Hrsg.): *Die kleinen Unterschiede. Der Cultural Studies-Reader*. Frankfurt a.M./New York: Campus Verlag, S. 83-98

Hall, Stuart (1999b): "Kodieren/Dekodieren", in: Bromley, Roger, Udo Göttlich und Carsten Winter (Hrsg.): *Cultural Studies. Grundlagentexte zur Einführung*. Lüneburg: Dietrich zu Klampen Verlag, S. 92-110

Hall, Stuart und Christian Höller (1999): "Ein Gefüge von Einschränkungen. Gespräch zwischen Stuart Hall und Christian Höller", in: Engelmann, Jan (Hrsg.): *Die kleinen Unterschiede. Der Cultural Studies-Reader*. Frankfurt a.M./New York: Campus Verlag, S. 99-122

Hansen, Klaus P. (2000): *Kultur und Kulturwissenschaft*. Tübingen/Basel: A. Francke Verlag

Hein, Laura E. (2001): "Okinawa Feature Introduction: The Territory of Identity and Remembrance in Okinawa", in: *Critical Asian Studies* (Formerly the Bulletin of Concerned Asian Scholars). 33/1 (März 2001), S. 31-36

Helle, Horst Jürgen (1997): *Einführung in die Soziologie*. München/Wien: R. Oldenbourg

Itokazu Keiko (1997): "The world can learn from our history" (Interview von Tony Barrell und Rick Tanaka), in: Barrell, Tony und Rick Tanaka (Hrsg.): *Okinawa Dreams OK*. Berlin: Die Gestalten Verlag, S. 10-15

Johnson, Chalmers (1999a): "The 1995 Rape Inicident and the Rekindling of Okinawan Protest Against the American Bases", in: Johnson, Chalmers (Hrsg.): *Okinawa: Cold War Island*. Cardiff, CA: Japan Policy Research Institute, S. 109-129

Johnson, Chalmers (1999b): "The Heliport, Nago, and the End of the Ota Era", in: Johnson, Chalmers (Hrsg.): *Okinawa: Cold War Island*. Cardiff, CA: Japan Policy Research Institute, S. 215-232

Kerr, George H. (2000): *Okinawa. The History of an Island People* (revised edition). Boston/ Rutland, Vermont/Tôkyô: Tuttle Publishing

Kevenhörster, Paul (1993): *Politik und Gesellschaft in Japan*. Mannheim: Bibliographisches Institut & F.A. Brockhaus AG

Kreiner, Josef (2001): "Ryûkyûan History in Comparative Persepective", in: Kreiner, Josef (Hrsg.): *Ryûkyû in World History*. (JapanArchiv, Band 2) Bonn: Bier'sche Verlagsanstalt, S. 1-39

Lehmkuhl, Ursula (1997) (Hrsg.): *Theorien internationaler Politik. Einführung und Texte*. München/Wien: R. Oldenbourg Verlag

Molasky, Michael S. (2001): *The American Occupation of Japan and Okinawa. Literature and Memory*. London/New York: Routledge

Moravcsik, Andrew (1993): "Introduction: Integrating International and Domestic Theories of International Bargaining", in: Evans, Peter B., Harold K. Jacobson und Robert D. Putnam (Hrsg.): *Double-Edged Diplomacy*. Berkeley/Los Angeles: University of California Press, S. 3-42

Nakano Yoshio und Arasaki Moriteru (1996): *Okinawa sengoshi [Die Nachkriegsgeschichte Okinawas]*. Tôkyô: Iwanami (B122)

Nennstiel, Karin-Ulrike (1998): "Die aktuelle Diskussion über soziale Bewegungen in der japanischen Soziologie", in: Derichs, Claudia und Anja Osiander (Hrsg.): Soziale Bewegungen in Japan. Mitteilungen der Gesellschaft für Natur- und Völkerkunde Ostasiens e.V., Band 128) Hamburg: OAG, S. 57-79

New York Times (26.01.1996): *Sekai no heiwa wo negau hitobito ni nihon no josei ha uttaemasu. The Women of Japan Appeal to The Peace-Loving People of The World*. S. A11

Okinawa mondai henshû iinkai (1996) (Hrsg.): *Okinawa beigun yôchi kyôsei shiyô NO! Dairi shômei kyohi [Nein zur erzwungenen Landnutzung durch das US-Militär auf Okinawa. Verweigerung der vertretenden Unterschrift]*. Tôkyô: Okinawa Times Sha

Okinawa Prefecture (2000): *Okinawa Prefecture's Homepage*. http://www.pref.okinawa.jp

Okinawa Times (16.11.1998): "Okinawa kenchiji-senkyô, kaihyô sokuhô" [Gouverneurswahl in Okinawa, neueste Nachrichten zur Auszählung]. http://www.okinawatimes.co.jp/spe/19991118.html

Okinawa Times (22.07.2000): "Clinton Speaks at Okinawan Peace Memorial". http://www.okinawatimes.co.jp/summit/english/2000/20000722_1.html

Okinawa Times Weekly Times (31.10.1998): "Governor's election campaign kicks off". http://www.okinawatimes.co.jp/eng/19981031.html

Okinawa Women Act Against Military Violence (1996) (Hrsg.): *Buki ni yoranai kokusai kankei. Amerika pîsu kyaraban hôkokushû [Internationale Kontakte, die sich nicht auf Waffen verlassen. Berichtsammlung zum America Peace Caravan*]. Naha, Okinawa: OWAAMV

Okinawa Women Act Against Military Violence (1999) (Hrsg.): *Buki ni yoranai kokusai kankei. Dai ni kai Amerika pîsu kyaraban hôkokushû [Internationale Kontakte, die sich nicht auf Waffen verlassen. Berichtsammlung zum zweiten America Peace Caravan*]. Naha, Okinawa: OWAAMV

Ôta Masahide (1981): *This was the Battle of Okinawa*. Haebaru, Okinawa: Naha Shuppansha

Ôta Masahide (1990): *Kenshô. Shôwa no Okinawa [Verifizierung. Okinawa in der Shôwa-Zeit*]. Naha, Okinawa: Naha Shuppansha

Ôta Masahide (1994): *Mieru shôwa to "mienai Shôwa" [Die sichtbare Shôwa-Zeit und die "unsichtbare Shôwa-Zeit"]*. Naha, Okinawa: Naha Shuppansha

Ôta Masahide (1995): *Minikui Nihonjin [Der hässliche Japaner]*. Tôkyô: Saimaru Shuppankai

Ôta Masahide (1996a): *Kore ga Okinawa-sen da [Das ist die Schlacht um Okinawa]*. Naha, Okinawa: Ryûkyû Shimpo Sha

Ôta Masahide (1996b): *Okinawa ha shuchô suru [Okinawa äußert sich.]*. Tôkyô: Iwanami (Booklet 397)

Ôta Masahide (1996c): *Okinawa no kokoro [Das Herz Okinawas]*. Tôkyô: Iwanami (B103)

Ôta Masahide (09.11.1999): *Gespräch mit der Autorin in Naha*, Japan

Ôta Masahide (1999a): "Governor Ota at the Supreme Court of Japan", in: Johnson, Chalmers (Hrsg.): *Okinawa: Cold War Island*. Cardiff, CA: Japan Policy Research Institute, S. 205-214

Ôta Masahide (1999b): "Re-examining the History of the Battle of Okinawa", in: Johnson, Chalmers (Hrsg.): *Okinawa: Cold War Island*. Cardiff, CA: Japan Policy Research Institute, S. 13-37

Ôta Masahide (2001): "Okinawa Calls for a Just Peace: Speech to the U.S. Congressional Study Group on Japan", in: *Sekai*. 24.05.2001, Teil 1: http://www.iwanami.co.jp/jpworld/text/okinawa01.html, Teil 2: http://www.iwanami.co.jp/jpworld/text/okinawa02.html, Teil 3: http://www.iwanami.co.jp/jpworld/text/okinawa03.html

Richter, Steffi und Annette Schad-Seifert (2001): "Einleitung: Cultural Studies and Japan", in: Richter, Steffi und Annette Schad-Seifert (Hrsg.): *Cultural Studies and Japan*. (Mitteldeutsche Studien zu Ostasien, Band 3) Leipzig: Leipziger Universitätsverlag, S. 7-20

Ryûkyû Shimpo (22.07.2000): *Clinton offers to "lessen" burden*. http://www.ryukyushimpo.co.jp/english/enews/e000722.html

Sakihara Mitsugu (2000): "Afterword. 'Okinawa – The History of an Island People'", in: Kerr, George H.: *Okinawa. The History of an Island People* (revised edition). Boston/Rutland, Vermont/Tôkyô: Tuttle Publishing, S. 543-573

Save the Dugong Foundation of Nago City, Okinawa (2000): *Save the Dugong*. http://www.jinbun.co.jp/dugong-e/

Shimabukuro Hiroe (2000): *Red Card Movement*. http://www.cosmos.ne.jp/~redcardm/

Siddle, Richard (1998): "Colonialism and Identity in Okinawa before 1945", in: *Japanese Studies*, Bulletin of The Japanese Studies Association of Australia. 18/2 (1998), S. 117-133

Smits, Gregory (2001a): "The Ryûkyû Shobun in East Asia and World History", in: Kreiner, Josef (Hrsg.): *Ryûkyû in World History*. (JapanArchiv, Band 2) Bonn: Bier'sche Verlagsanstalt, S. 279-304

Special Action Committee on Okinawa (SACO) (2001a): *The Japan-U.S. Special Action Committee (SACO) Interim Report* (15.04.1996). http://www.mofa.go.jp/region/n-america/us/security/saco.html

Special Action Committee on Okinawa (SACO) (2001b): *The SACO Final Report* (02.12.1996). http://www.mofa.go.jp/region/n-america/us/security/96saco1.html

Special Action Committee on Okinawa (SACO) (2001c): *The SACO Final Report on Futenma Air Station* (an integral part of the SACO Final Report). http://www.mofa.go.jp/region/n-america/us/security/96saco2.html

Taira Koji (1997): "Troubled national identity: the Ryukyuans/Okinawans", in: Weiner, Michael (Hrsg.): *Japan's Minorities. The illusion of homogeneity*. London/New York: Routledge, S. 140-177

Taira Koji (2000): "President Clinton and Ryukyun studies", in: *Ryukyuanist – A Newsletter on Ryukyuan/Okinawan Studies*. Band 49 (August 2000) S. 1 und 4

Takara Kurayoshi, Tsuneo Oshiro und Morisada Maeshiro (2000): *Toward an "Okinawa Initiative" – A Possible Role for Okinawa in Asia Pacific*. http://www.jcie.or.jp/books/abstracts/C/apap_okinawa.pdf

Tomikawa Moritake und Momose Shigeo (1999): *Okinawa keizai, sangyô jiritsuka he no michi [Wirtschaft und Industrie in Okinawa. Wege in die Selbstständigkeit]*. Tôkyô: Hakutô Shobô

Treibel, Annette (1997): *Einführung in soziologische Theorien der Gegenwart*. Opladen: Leske und Budrich

United States Forces Japan (1996a): *The SACO Final Report*. http://www.yokota.af.mil/usfj/SACO1.htm

United States Forces Japan (1996b): *The SACO Final Report on Futenma Air Station*. http://www.yokota.af.mil/usfj/SACO2.htm

United States Military (1995): *DoD News Briefing*. Dr. Joseph Nye, ASD for International Security Affairs. http://www.defenselink.mil/news/Nov1995/t110695_t$b1106.html

Vogt, Gabriele (2001a): "Alle Macht dem Volk? Das direktdemokratische Instrument als Chance für das politische System Japans", in: Hijiya-Kirschnereit, Irmela (Hrsg.): *Japanstudien*. (Jahrbuch des Deutschen Instituts für Japanstudien, Band 13) München: Iudicium, S. 319-342

Vogt, Gabriele (2001b): "The Ryûkyûs under U.S. Occupation", in: Kreiner, Josef (Hrsg.): *Ryûkyû in World History*. (JapanArchiv, Band 2) Bonn: Bier'sche Verlagsanstalt, S. 305-330

Yonetani, Julia (2000): "Peace Wars: The Politics of Presenting the Past in Contemporary Okinawa", in: *Working Paper 65*, Japan Policy Research Institute (Februar 2000), S. 1-5